



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLAND UND DIE UKRAINE

■ ANALYSE		
Russland, der Westen und die Ukraine. Eine Betrachtung aus Moskau		2
Sergey Markedonov, Moskau		
■ UMFRAGE		
Die Russland-Ukraine-Krise in der russischen öffentlichen Meinung		6
Die Sorgen der russischen Bevölkerung im Januar 2015		10
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
Was will Russland in der Ukraine erreichen?		12
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
»Agentenjagd« gegen russische NGOs geht weiter		14
Jens Siegert, Moskau		
■ CHRONIK		
30. Januar – 12. Februar 2015		16
■ STELENAUSSCHREIBUNG		
Redaktionsassistentin Russland-Analysen		19



Russland, der Westen und die Ukraine. Eine Betrachtung aus Moskau

Sergey Markedonov, Moskau

Zusammenfassung

Russland und der Westen sehen sich gegenwärtig der schwersten Krise ihrer Beziehungen seit dem Ende des Kalten Krieges gegenüber. Der Westen beschuldigt Russland, in der Ukraine das Völkerrecht gebrochen zu haben, während Russland behauptet, der Westen habe früher schon auf dem Balkan und im Mittleren Osten ähnliche völkerrechtliche Bestimmungen verletzt. Die aktuelle Konfrontation ist kein neuer Kalter Krieg, sondern erwächst aus unterschiedlichen Einschätzungen darüber, was eine Verletzung der Weltordnung und des Völkerrechts darstellt. Eine endgültige Schwächung Russlands dürfte nicht den Interessen der USA und der EU dienen, da diese sich Herausforderungen durch ein aufstrebendes China und die zunehmende Bedrohungen durch islamistischen Terrorismus gegenüber sehen. Wenn Russland und der Westen das gegenwärtige Patt aufheben wollen, dürfen sie nicht Gefangene der Situation in der Ukraine bleiben, damit sie die diplomatische Diskussion wieder vollständig aufnehmen können.

Russland und der Westen: Neue Herausforderungen

Die politische Krise in der Ukraine, die durch den veränderten Status der Krim und den bewaffneten Konflikt im Donbas verschärft wird, ist zu einer äußerst ernstesten und gefährlichen Herausforderung für die europäische Sicherheit geworden, der größten nach dem Zerfall Jugoslawiens und den ethnopolitischen Konflikten auf dem Balkan. Sie hat die heftigste Konfrontation zwischen Russland und dem Westen seit dem Ende des Kalten Krieges (markiert durch die Auflösung der Organisation des Warschauer Vertrages und dem Zerfall der Sowjetunion als einem der Pole einer zweigeteilten Welt) ausgelöst.

Differenzen zwischen Moskau einerseits und Washington und Brüssel andererseits hatte es schon früher gegeben. Markantestes Beispiel war der »Fünftagekrieg« im Südkaukasus, als die Versuche der georgischen Regierung, die Infrastruktur der von ihr nicht anerkannten Republik Südossetien zu zerschlagen und die Rolle Russlands in der Region zu minimieren, zu einem offenen Eingreifen der Streitkräfte Russlands führten. Die aktuelle Konfrontation erfolgt allerdings vor dem Hintergrund der Wahrnehmung, dass die Versuche des post-sowjetischen Russland, sich unter Beibehaltung seiner »Sonderstellung« bei einer Reihe von Fragen (vor allem der Sicherheit seiner »näheren Nachbarschaft«) in die westliche Welt zu integrieren, gescheitert sind.

Die Sanktionspolitik der USA und der Europäischen Union hat zu einer weiteren negativen Lageentwicklung beigetragen, wenn sie auch nicht der einzige Grund für das gedämpfte Wirtschaftswachstum und die Finanzkrise in der Russischen Föderation ist.

Vor diesem Hintergrund hat sich in Russland selbst eine »Abwehrhaltung« verfestigt, und jene Politiker und Publizisten, die gestern noch als Randerscheinungen betrachtet wurden, haben sich vor unseren Augen fast

zu zentralen Sprechern der öffentlichen Meinung und zu Vertretern der Regierungsposition gewandelt. Vertreter offizieller Strukturen appellieren jetzt immer öfter nicht nur an den außenpolitischen Realismus mit seiner pathetischen Betonung der nationalen Interessen, der früher die Linie von Russlands Diplomatie ausgezeichnet hat; sie nutzen nun auch ein Arsenal romantischer Ansätze (Verweis auf die »Russische Welt« und die sakrale Bedeutung der Krim usw.). Die Differenzen mit dem Westen machen die Suche nach außenpolitischen Alternativen aktuell. Genau hierdurch lässt sich das verstärkte Engagement Moskaus in Richtung China, Indien, Türkei und Iran bei einer ganzen Reihe von Fragen erklären, von militärischer und technischer Zusammenarbeit und der Energiewirtschaft bis hin zu humanitären Problemen.

Wegen der tiefgreifenden Differenzen hat man jenen Themen nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt, bei denen Russland und der Westen schon einen gewissen *modus operandi* gefunden hatten (Afghanistan, die Regulierung des Karabach-Konfliktes, das Vorgehen gegen islamistischen Terror). Die Entstehung des sogenannten »Islamischen Staates in Irak und Syrien« (ISIS) hat die ohnehin konfliktgeladene Lage in der Region in einem erheblichen Maße weiter destabilisiert. Dort ist ISIS sowohl für den Westen als auch für Russland zu einer Herausforderung geworden. Bereits jetzt führt ISIS einen Krieg gegen die USA und deren Verbündete. Gleichzeitig hat Abu Bakr al-Baghdadi, der Anführer dieser Terrororganisation, davon gesprochen, der Nordkaukasus müsse als Antwort auf die Moskauer Unterstützung für den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad destabilisiert werden. Doch selbst diese neue Bedrohung hat Washington und Moskau nicht gesprächsbereiter machen können.

Aus Sicht der USA und ihrer europäischen Verbündeten bedeutet das Vorgehen Moskaus eine Missachtung

des Völkerrechts. Erklärungen, die Russland einen Verstoß gegen Bestimmungen des Budapester Memorandums (Sicherheitsgarantien aufgrund des Beitritts der Ukraine zum Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, unterzeichnet am 5. Dezember 1994) vorhalten, sind in Statements von Vertretern US-amerikanischer und europäischer Diplomaten- und Expertenkreise zum Allgemeinplatz geworden. Die Führung Russlands geht ihrerseits davon aus, dass aufgrund der Ergebnisse der Volksabstimmung auf der Krim von einer legitimen »Rückkehr« der Halbinsel gesprochen werden kann. Der Bruch rechtlich bindender Abkommen wiederum wird innerhalb Russlands in der Regel damit erklärt, dass das kein Einzelfall sei; das werde insbesondere mit Blick auf die Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien und im Nahen Osten deutlich, als äußere Einmischungen in Bürgerkriege und ethnopolitische Konflikte unter Umgehung der Vereinten Nationen erfolgten.

Konfrontation ohne Kalten Krieg

Politologen, Politiker und Journalisten verwenden zur Beschreibung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen immer häufiger die Worte »Kalter Krieg«. Können wir von einer Rückkehr in die Zeiten der globalen Konfrontation sprechen oder wäre es voreilig, die Krim und den Donbas als Wendepunkt in der Geschichte der internationalen Beziehungen zu bezeichnen? Und wenn dem so wäre, wo liegt der Kern der derzeitigen Differenzen, die sich leider mit jedem Tag verschärfen?

Es fehlen heute einige grundsätzlich wichtige Merkmale, um die aktuelle Konfrontation als »Kalten Krieg« zu bezeichnen. Zum einen gibt es keine zweite Supermacht oder gar ein militärisches Bündnis, das sich um diese Supermacht und eine Ideologie bilden würde, die sich von den Haltungen und Werten der westlichen Welt unterscheidet. Die Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS) verfügt weder über die quantitativen noch über die Finanz- und Wirtschaftsparameter, um die Rolle einer »Organisation des Warschauer Vertrages im 21. Jahrhundert« einnehmen zu können. Und in der Russischen Föderation hat die Regierung – ungeachtet der scharfen Rhetorik – nicht vor, eine »Gesellschaft neuen Typs« zu schaffen und eine revolutionäre Ideologie in die ganze Welt zu tragen.

Gleichzeitig sind die geopolitischen Interessen Moskaus im Vergleich zur Sowjetzeit räumlich sehr viel enger begrenzt. Für das postsowjetische Russland hat das Gebiet der ehemaligen UdSSR Vorrang. Und die Wahrung der Sicherheit in diesem Teil der Welt wird nicht als Wiederherstellung des »Imperiums«, nicht als Rechnung gegenüber der Geschichte oder als Trauma wegen des Zerfalls der Sowjetunion gesehen, sondern als Lösung

aktueller Probleme. Tatsächlich ist die Festlandsgrenze zwischen Russland und Kasachstan die zweitlängste der Welt (sie ist sogar länger als die zwischen Mexiko und den USA). Im Falle einer kollabierenden Sicherheitslage in Afghanistan (und das ist mit dem Abzug der NATO dort mehr als wahrscheinlich) würde diese Grenze zu einer ernsthaften Bedrohung für Russland. Wenn wir uns nun der Krim zuwenden, so ist dort nach dem Zerfall der UdSSR fast 80 Prozent der Infrastruktur der russischen Schwarzmeerflotte konzentriert geblieben, einem der Schlüsselemente für die Sicherheit der südlichen Landesteile. Viele ethnopolitische Konflikte im Südkaukasus sind unmittelbar mit Sicherheitsfragen im Nordkaukasus verbunden (der georgisch-ossetische Konflikt ist mit dem ossetisch-inguschischen verbunden, die Situation in Abchasien mit der Lage in Regionen mit beträchtlichem adygäischen Bevölkerungsanteil, die Lage in Tschetschenien und Dagestan mit dem Pankisi-Tal in Georgien). Selbst dort, wo Russland in die Lösung von Problemen involviert ist, die über die Grenzen der ehemaligen UdSSR hinausreichen (Naher Osten), versucht Moskau vielfach Sicherheitsfragen des postsowjetischen Raumes zu lösen, etwa in Bezug auf die Bedrohungen, die von radikalen Islamisten für den Nordkaukasus und das Wolgagebiet in Russland sowie für die Nachbarländer Georgien und Aserbaidschan ausgehen. Diese Wechselwirkungen werden bestehen bleiben, ganz gleich, wer den Posten des Präsidenten Russlands innehaben wird.

Unterschiedliche Wahrnehmungen

Somit liegt der Grund für das derzeitige Aufflammen der Konfrontation zwischen Moskau einerseits und Washington und Brüssel andererseits nicht in einem »zweiten Kalten Krieg« oder ideologischen Differenzen, sondern in einer Asymmetrie bei der Wahrnehmung der nationalen Prioritäten. Russland und der Westen haben unterschiedliche Bezugspunkte dafür, wodurch die Weltordnung und das Völkerrecht verletzt werden. Die Amerikaner und ihre Verbündeten bewerten das Vorgehen der Russischen Föderation als außerordentliche Verletzung der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen europäischen Grenzen. Für Moskau aber hat die Verletzung des Völkerrechts viel früher eingesetzt; die Ukraine-/Krimkrise wäre somit nur Teil eines weiter gefächerten Prozesses, der mit dem Zerfall der Organisation des Warschauer Vertrages, der UdSSR und Jugoslawiens sowie der Osterweiterung der NATO eingesetzt hat.

Die Geschichte mit der Ukraine ist nicht ein Streit darum »wer angefangen hat«. Es ist die Geschichte eines fehlenden real funktionierenden Völkerrechts und eines fehlenden effektiven internationalen Schiedsverfahrens

bei Streitigkeiten über die Beziehungen zwischen Zentrum und Region unter Krisenbedingungen. Erneut, wie zuvor auf dem Balkan oder in Transkaukasien, gab es bei den führenden globalen Akteuren keinen Konsens über klare Kriterien für eine Sezession oder aber eine Beibehaltung der territorialen Integrität.

Diese Ambivalenz hat ihre Wurzeln in jenen Jahren, als der Kalte Krieg feierlich für beendet erklärt wurde und für Europa und den postsowjetischen Raum praktisch ein einziges, lineares Projekt vorgeschlagen wurde, bei dem die NATO (in der bekanntlich die USA als wichtigstes Element für die europäische Sicherheit gelten) und die Europäische Union (der strategische Partner Washingtons) im Fokus standen. Interessanterweise gilt eines der zentralen NATO-Gebote aus der Welt des Kalten Krieges (»Russia out«) auch in die Welt danach. Und das lineare Projekt zur Erweiterung nach und zur Angliederung von Eurasien wurde ohne Russland als gleichberechtigten Partner vorgebracht. De facto sollte Russland zu einem unter anderen postsowjetischen Staaten werden, ohne Sonderinteressen in den Weiten der ehemaligen UdSSR.

Nachbarschaftspolitik als Fortsetzung der innenpolitischen Agenda

Wenn das neue Russland nicht bereit war, die Last einer globalen Führungsrolle zu tragen (und es hierzu aus vielerlei Überlegungen – vor allem wirtschaftlicher und technologischer Art – heute auch nicht in der Lage ist), so ist seine »Nachbarschaftspolitik« in erheblichem Maße eine Fortsetzung der innenpolitischen Agenda. Diese Fortsetzung kommt auch in der Verbindung zwischen den Konflikten in Transkaukasien und dem Nordkaukasus, der Gewährleistung der Sicherheit in Zentralasien und der eurasischen Integration als Möglichkeit zur Weiterentwicklung des russischen polyethnischen Projektes sowie der Potentiale zur Stärkung der eigenen Industriebasis zum tragen. Als Rechtsnachfolger der UdSSR bei den Vereinten Nationen ist die Russische Föderation natürlich bestrebt, in dieser Organisation möglichst Nutznießer zu bleiben (ständiger Sitz im Sicherheitsrat), um die globale Dominanz einer Macht zu verhindern. Es geht hier aber weniger um immanenten Antiamerikanismus als um die Erkenntnis, dass eine Harmonisierung der Welt mit den Kräften nur einer Großmacht nicht zu erreichen ist.

Allerdings sind bislang keinerlei »Sondererwägungen Russlands« oder dessen Ansprüche auf eine gleichberechtigte Rolle außerhalb von Formaten, bei denen die »goldene Aktie« in Händen der NATO liegt, akzeptiert worden. Alle Veränderungen der Grenzen, die im Zuge dieses linearen progressistischen Projektes erfolgten (bei dem jedwede Erweiterung der Allianz als Erfolg

der Demokratie und als ein weiterer Sieg über die »totalitäre Vergangenheit« wahrgenommen wird), sind begrüßt worden, etwa bei der Anerkennung der Unabhängigkeit der ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens und der autonomen Provinz Kosovo – ungeachtet der Konflikte, nicht geregelten Grenzstreitigkeiten und der Probleme der ethnischen Minderheiten. Grenzansprüche und -verletzungen durch andere Akteure (in erster Linie Russland) wurden jedoch abgeblockt. Wenn der Westen im August 2008 noch passiv blieb, weil Georgien für ihn nicht von erstrangigem strategischem Interesse war, so war bei der Ukraine der Punkt erreicht, wo Menge (der Unzufriedenheit mit der Politik Russlands im postsowjetischen Raum) in Qualität überging. Es war nicht vorstellbar, dass das der Bevölkerungszahl nach (selbst ohne die Krim) siebtgrößte und das flächenmäßig zweitgrößte Land Europas Russland als Gewinn zufallen könnte. Ein solcher Trendwechsel bedeutete eine Herausforderung an die Ordnung, die de facto in Europa »nach Jalta« errichtet worden war; es ist eine Ironie des Schicksals, dass es wiederum die Krim ist, die die Aufmerksamkeit auf die Probleme der europäischen Sicherheit und der internationalen Ordnung lenkt.

»Die Eliten in Russland wollen auf fester Grundlage einen Staat schaffen, der in die globale Wirtschaft integriert werden kann, der aber gleichzeitig auch seine Innenpolitik vor äußerer Einwirkung schützen kann. Russland hat die Idee eines NATO-Zentrismus in der europäischen Ordnung, der sich auf die EU konzentriert, nie akzeptiert«, konstatiert der bulgarische Politologe Iwan Krastew richtigerweise. Und hier gibt es längst nicht jene Kluft zwischen Boris Jelzin und Wladimir Putin, von der Beobachter in Russland wie auch im Westen gern schreiben. Zum Verständnis sei eine vergleichende Analyse zweier Reden empfohlen, der Rede Jelzins 1999 auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul und Putins Rede 2007 auf der Münchener Sicherheitskonferenz.

Die oben aufgeführten Widersprüche werden die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen nicht nur kurz-, sondern auch mittelfristig prägen.

Suche nach einem Ausweg aus der Sackgasse

Derzeit erscheint es kaum möglich, von wesentlichen Voraussetzungen für einen Durchbruch in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen zu sprechen. Die USA und ihre Verbündeten sehen, dass die Sanktionspolitik ihre Rolle bei der Schwächung der sozialen und wirtschaftlichen Position Russlands gespielt hat. Als Folge hiervon ist die Versuchung groß, wenn schon nicht den Druck fortzusetzen, so doch zumindest keine intensive Suche nach einem Ausweg aus der bestehenden Sackgasse zu unternehmen. Dabei werden rhetorisch eine »Wiederherstellung der ukrainischen territo-

rialen Integrität« und eine »De-Okkupierung« (nicht nur der Gebiete im Südosten der Ukraine, sondern auch der Krim) als vorrangige Ziele betrachtet. Ein solcher Ansatz reduziert das Interesse Russlands am Verhandlungsprozess, der weniger als diplomatisches Format erscheint, denn als Plattform zur Präsentation ultimativer Forderungen. Durch sein Vorgehen in der zweiten Jahreshälfte 2014 hat der Kreml gezeigt, dass er im Donbas keine Wiederholung von Szenarien auf dem Balkan zulassen wird (analog zu den kroatischen Operationen »Oluja« (dt.: »Sturm«) und »Bljesak« (dt.: »Blitz«) gegen die nicht anerkannte »Republik Serbische Krajina«, bei gleichzeitiger Blockierung des offiziellen Belgrad und dessen möglicher Intervention zum Schutz seiner Landsleute). Eine Wiederholung dieses Weges im aktuellen Kontext wäre für Russland nicht nur mit einem Imageverlust auf der internationalen Bühne verbunden, sondern auch mit innenpolitischen Komplikationen. Gleichwohl könnte das Verführende eines »schwachen Russland« den Westen zu einem härteren Vorgehen bewegen. Insbesondere, wenn die Separatisten im Donbas, die von den USA und den Staaten der EU ausnahmslos als »Marionetten« des Kreml wahrgenommen werden, bei der Lösung rein militärischer Probleme (Sicherung von Großstädten vor Artilleriebeschuss) anschließend neue politische Differenzen und Herausforderungen erzeugen würden. Ein versteckter Druck durch den Westen (in unterschiedlichen Formaten) könnte Moskau im Zusammenwirken mit den Finanzproblemen zu einer faktischen Anerkennung seiner Niederlage bringen.

In diesem Falle aber wären die USA und ihre Verbündeten auf sich allein gestellt und hätten es dann mit einem aktivierten Osten zu tun, und das vor dem Hintergrund, dass sich der Fokus der Weltpolitik derzeit aus Europa in Richtung der islamischen Welt und Chinas verschiebt. Dort würden sich die USA und die EU nicht ehemaligen Mitgliedern der Organisation des Warschauer Vertrages gegenüber sehen, die um einer Überwindung der sowjetischen Vergangenheit willen und in Erwartung zukünftiger Profite zu erheblichen Anstrengungen bereit sind. Auch hier würde ein »lineares Projekt« misslingen, was die mehr als ernüchternden Erfahrungen bei der Demokratisierung in Afghanistan und dem »Erweiterten Nahen Osten« deutlich belegen.

Der Einfluss Russlands in Eurasien kann verringert und die Stimme Moskaus gedämpft werden. Doch stellt sich sehr wohl die Frage, wie produktiv das in einer sich wandelnden Welt für den Westen selber wäre. Umso mehr, als ein schwaches Russland weder Europa noch Asien Stabilität bringen, sondern im Gegenteil die Risiken und Bedrohungen für die Länder der EU und letztendlich auch für die USA, die ja intensiv in die Aufrechterhaltung der europäischen Sicherheit involviert sind, vervielfachen würde.

Somit ist nicht ausgeschlossen, dass diese »Hintergrundfaktoren« die USA und ihre Verbündeten dazu nötigen werden, an ihrer Position gegenüber Moskau Korrekturen vorzunehmen. Eine solche Entwicklung könnte auch durch innerukrainische Probleme (Verschleppung der Reformen, Zunahme populistischer und nationalistischer Stimmungen und in der Folge de facto und de jure eine Fragmentierung des Landes) befördert werden. Jedenfalls wird die mittelfristige Entwicklung in Vielem von einer nachhaltigen Stabilität Russlands abhängen. Wie sehr wird Moskau in der Lage sein, die Kosten der Krise auf ein Minimum zu reduzieren und die Aufgabe einer qualitativ besseren Steuerung innerhalb des Landes wie auch in der Außenpolitik zu lösen? Von den Antworten auf diese Frage wird die Wahl abhängen, die die USA und ihre Verbündeten in Bezug auf Russland treffen werden.

Viele Experten und Politiker sprechen heute von einer notwendigen Neugestaltung der Grundlagen für die europäische Sicherheit mit Hilfe eines »zweiten Helsinki«, das die neuen Realitäten nach dem Zerfall der UdSSR, dem Ende des Kalten Krieges und der Osterweiterung von NATO und EU sowie die auf diesem Pfad entstehenden alternativen Zukunftsvorstellungen (Ansätze Russlands) berücksichtigt. Ohne eine Beendigung der Konfrontation zwischen Russland und dem Westen und ohne eine erfolgreiche Suche nach Kompromissen hinsichtlich des postsowjetischen Raumes erscheint ein solcher Prozess allerdings kaum möglich. Zur Überwindung der bestehenden Barrieren ist es von größter Bedeutung, sich aus der »Gefangenschaft« der Ukrainekrise zu befreien und wieder einen vollwertigen diplomatischen Austausch aufzunehmen.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Über den Autor

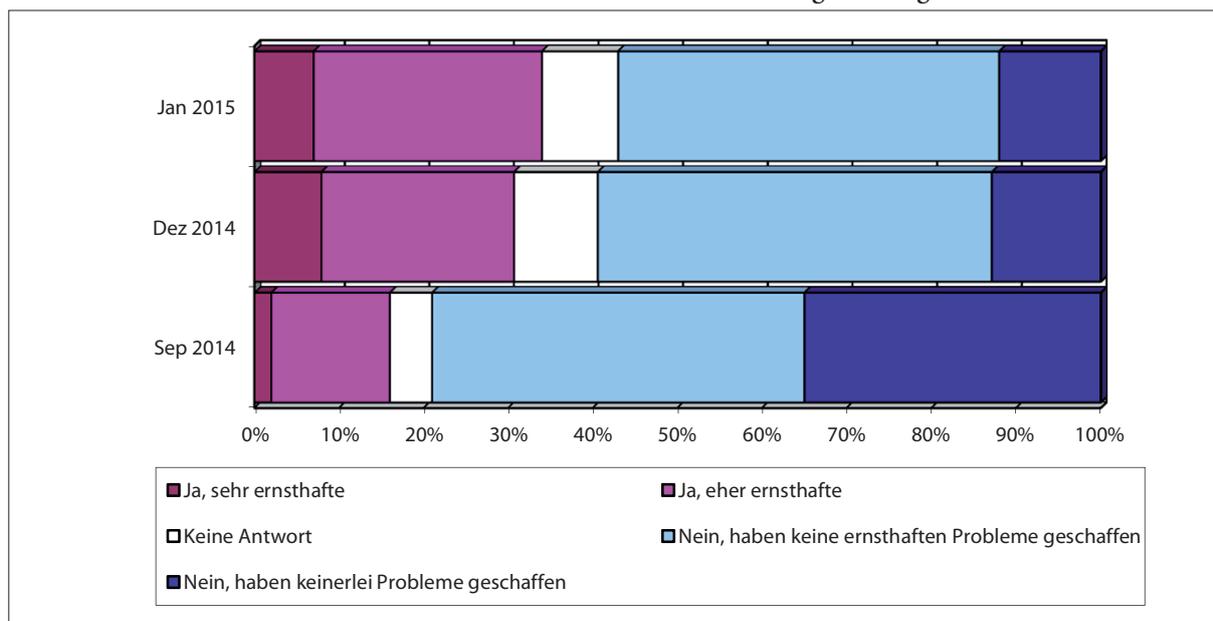
Sergey Markedonov ist promovierter Historiker und Dozent am Lehrstuhl für ausländische Regionalkunde und Außenpolitik der Russischen Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität (RGGU) in Moskau.

UMFRAGE

Die Russland-Ukraine-Krise in der russischen öffentlichen Meinung

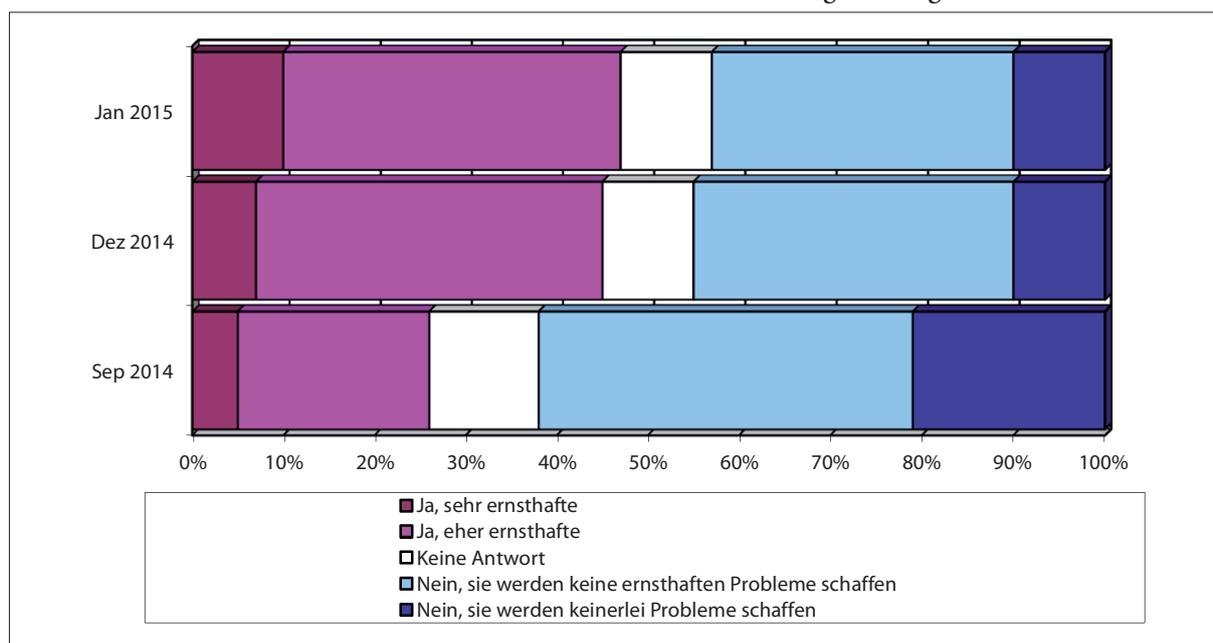
Die westlichen Sanktionen

Grafik 1: Haben die westlichen Sanktionen für Sie und Ihre Familie negative Folgen?



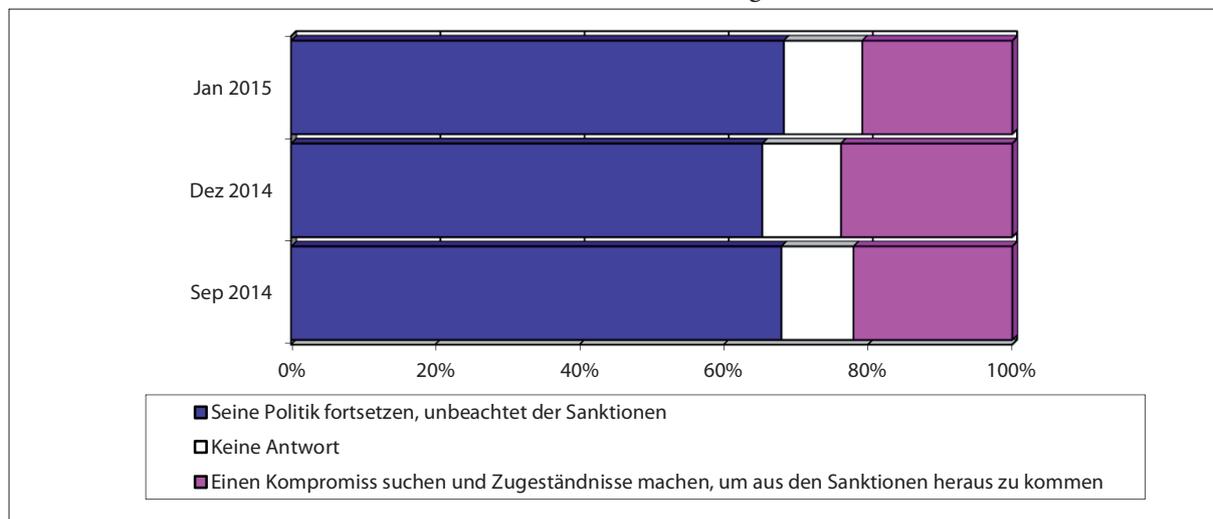
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Januar 2015, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Februar 2015 unter: <<http://www.levada.ru/print/03-02-2015/sanktsii-zapada-posledstviya-i-reaktsiya>>

Grafik 2: Werden die westlichen Sanktionen für Sie und Ihre Familie negative Folgen haben?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Januar 2015, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Februar 2015 unter: <<http://www.levada.ru/print/03-02-2015/sanktsii-zapada-posledstviya-i-reaktsiya>>

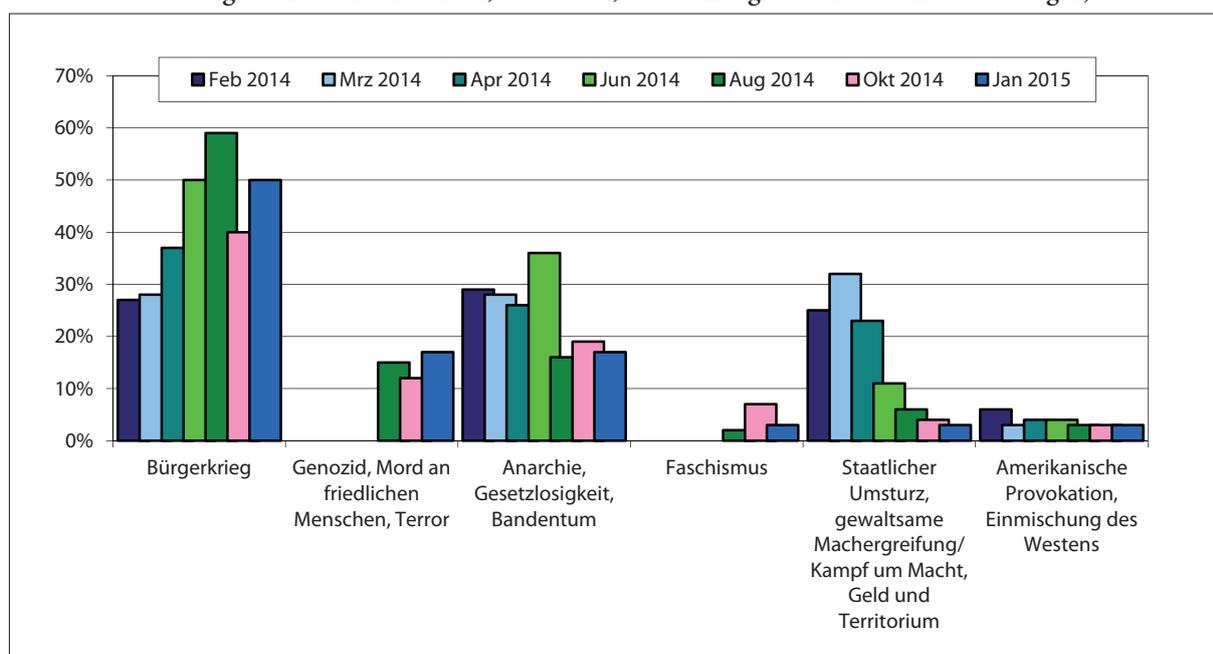
Grafik 3: Wie sollte Russland auf die Sanktionen des Westens reagieren?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Januar 2015, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Februar 2015 unter: <<http://www.levada.ru/print/03-02-2015/sanktsii-zapada-posledstviya-i-reaktsiya>>

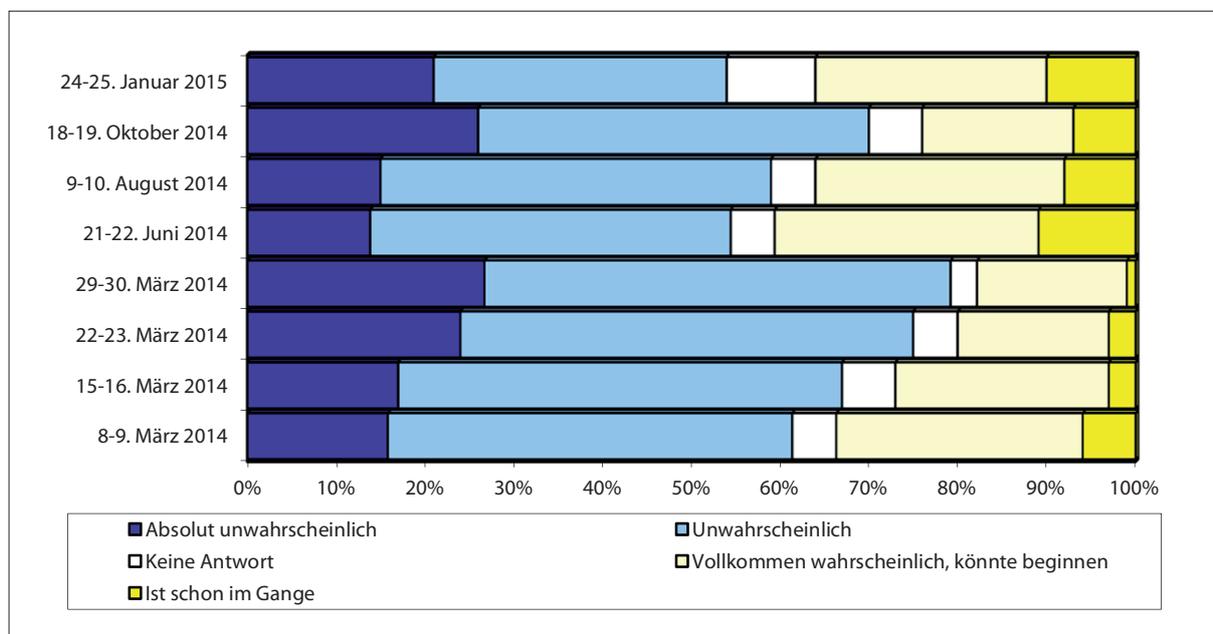
Die Entwicklungen in der Ukraine in russischen Umfragen

Grafik 4: Charakterisieren sie in zwei, drei Worten das, was aktuell in der Ukraine geschieht? (offene Frage, beliebige Anzahl an Antworten, in % derer, die die Ereignisse in der Ukraine verfolgen)



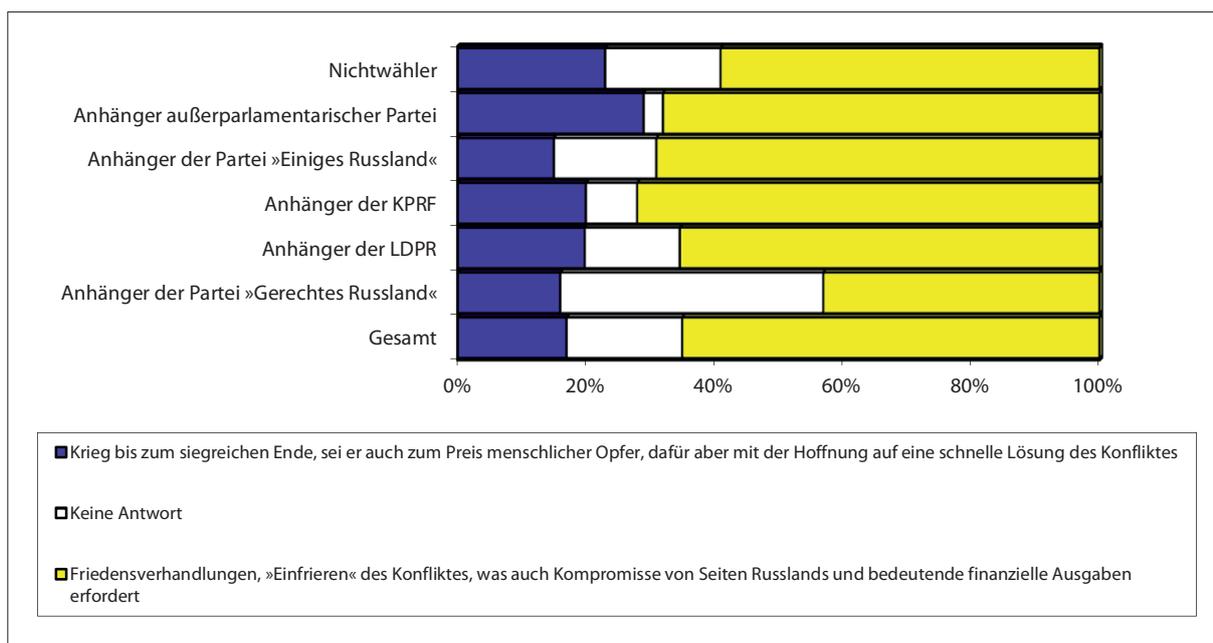
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 24.–25. Januar 2015, N = 1600. Veröffentlicht am 2. Februar 2015 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=115134>>

Grafik 5: Besteht in den kommenden Monaten die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zwischen Russland und der Ukraine?



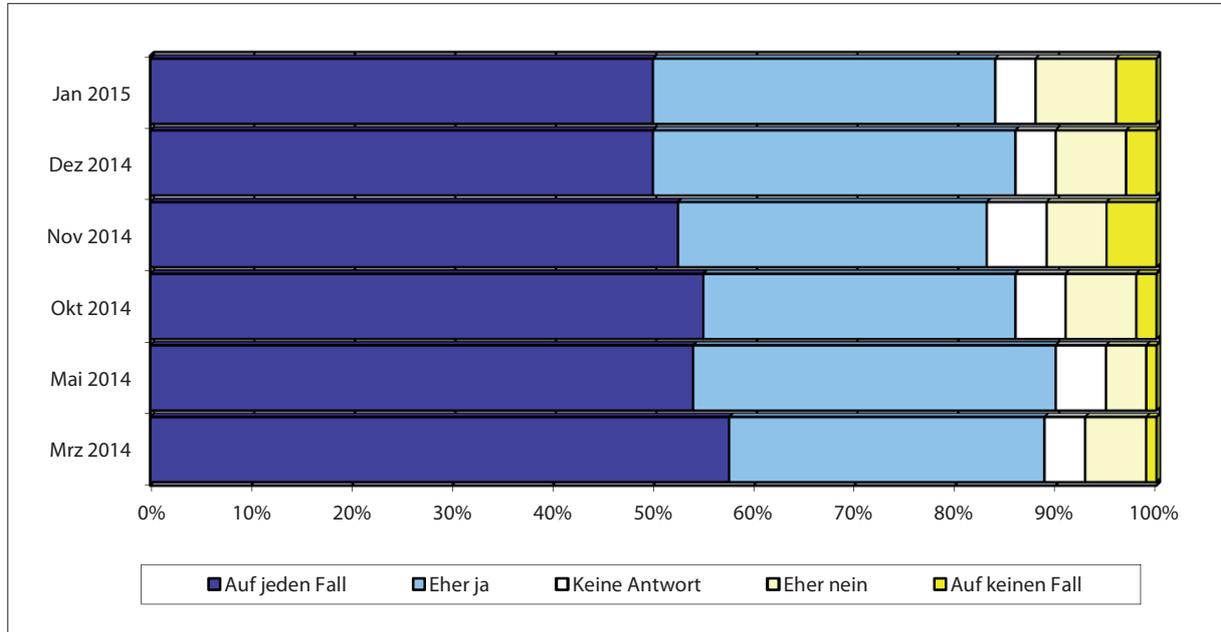
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 24.–25. Januar 2015, N = 1600. Veröffentlicht am 2. Februar 2015 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&tuid=115134>>

Grafik 6: Der Konflikt im Südosten der Ukraine zwischen den Volksrepubliken Donezk und Luhansk und der Kiewer Staatsmacht dauert an. Welcher der folgenden beiden Ansätze entspricht Ihrer Meinung nach eher den Interessen Russlands?



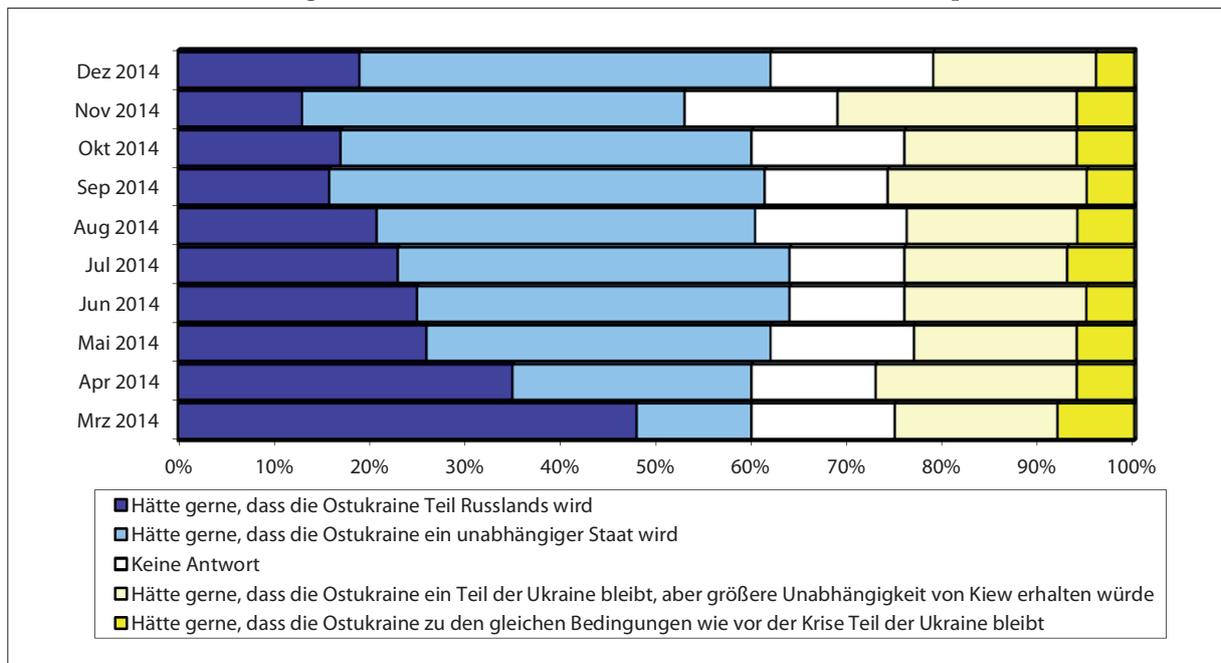
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 24.–25. Januar 2015, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Februar 2015 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&tuid=115137>>

Grafik 7: Unterstützen Sie den Beitritt der Krim zu Russland?*



* Im März und Mai 2014 wurde die Frage folgendermaßen gestellt: »Sind Sie persönlich für oder gegen einen Beitritt der Krim zu Russland?«
 Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Januar 2015, N = 1600. Veröffentlicht am 5. Februar 2015 unter: <<http://www.levada.ru/print/05-02-2015/ukraina-vnimanie-i-otsenki>>

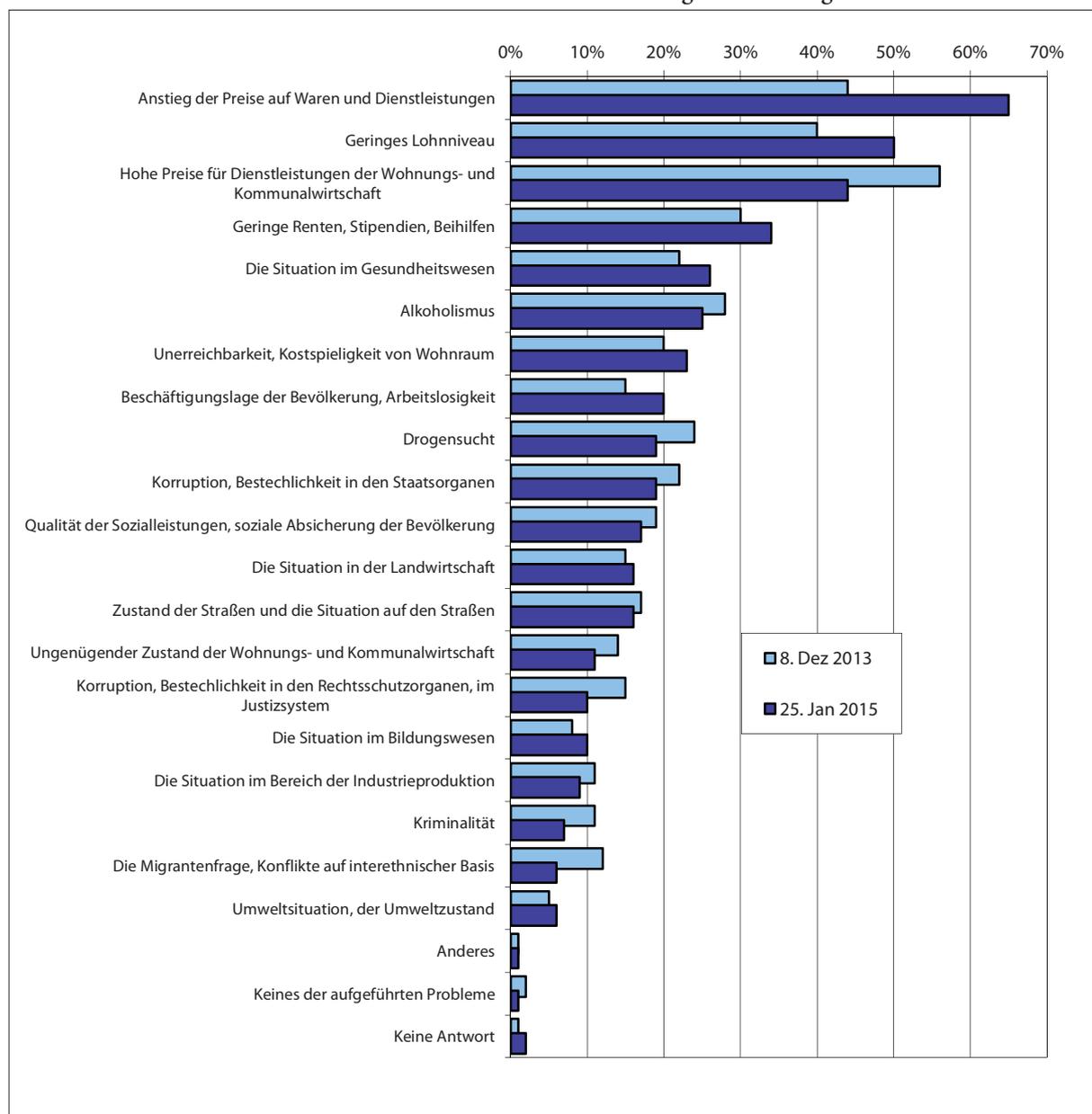
Grafik 8: Welche der folgenden Varianten der Zukunft der Ost-Ukraine würden Sie präferieren?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Januar 2015, N = 1600. Veröffentlicht am 5. Februar 2015 unter: <<http://www.levada.ru/print/05-02-2015/ukraina-vnimanie-i-otsenki>>

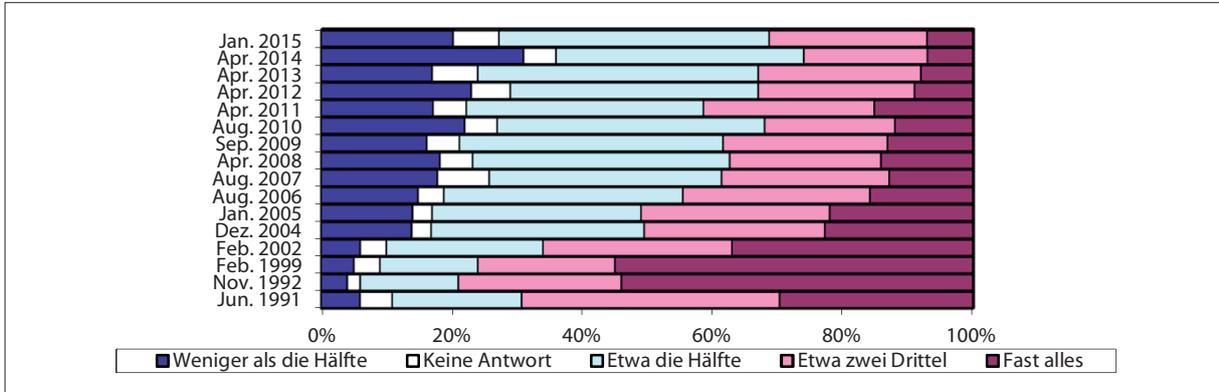
Die Sorgen der russischen Bevölkerung im Januar 2015

Grafik 9: Welche sozialen und wirtschaftlichen Probleme ihrer Region beunruhigen Sie am meisten?



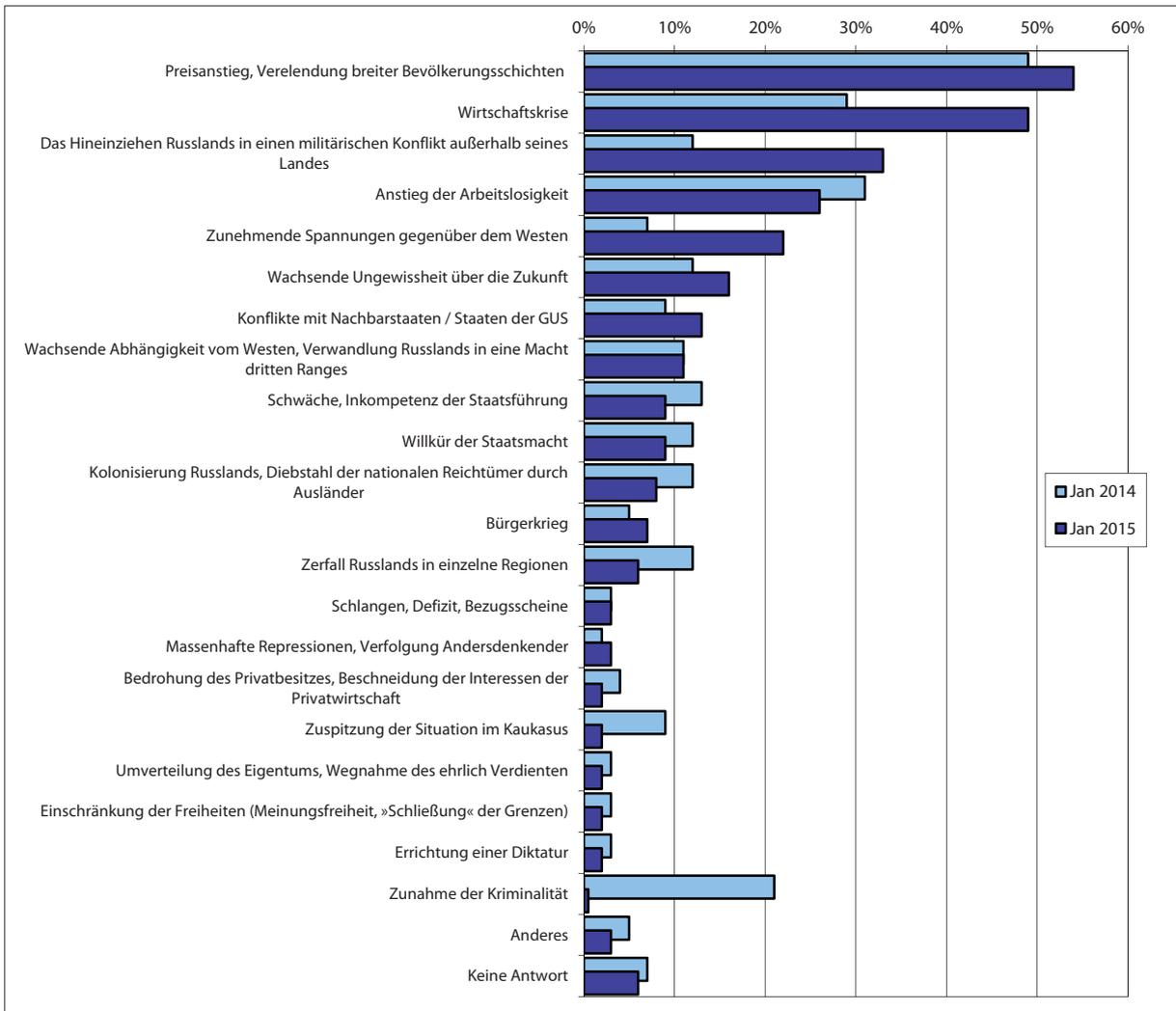
Quelle: Umfragen des Fond obschtschestvennogo mnenija vom 8. Dezember 2013 und 25. Januar 2015, N = 1500. Veröffentlicht am 3. Februar 2015 unter: <<http://fom.ru/Nastroeniya/11935>>

Grafik 10: Welcher Teil des Einkommens Ihrer Familie wird für Lebensmittel aufgewendet?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Januar 2015, N = 1600. Veröffentlicht am 2. Februar 2015 unter: <<http://www.levada.ru/print/02-02-2015/inflyatsiya-ekonomicheskii-krisis-potreblenie>>

Grafik 11: Was bedroht Russland aktuell am meisten? (mehrere Antwortmöglichkeiten)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Januar 2015, N = 1600. Veröffentlicht am 2. Februar 2015 unter: <<http://www.levada.ru/print/02-02-2015/inflyatsiya-ekonomicheskii-krisis-potreblenie>>

Was will Russland in der Ukraine erreichen?

Nach der erneuten Eskalation in der Ostukraine drängt der Westen die Konfliktparteien zum Waffenstillstand und einem neuen Friedensabkommen. Ohne die Zustimmung Russlands ist der erbitterte Kampf zwischen Separatisten und ukrainischer Armee im Donbas offenbar nicht zu stoppen. Die Position Moskaus zu den Bedingungen für eine Normalisierung der Situation im Donbas scheint für Kiew und die westlichen Partner unübersichtlich und zum Teil inakzeptabel zu sein. Was will Präsident Putin eigentlich im Nachbarland erreichen? Geht es nur um den Krieg in der Ukraine? Welche Strategien hat der Westen beim Umgang mit Russland gewählt? Vor dem Gipfel in Minsk diskutierten russische Experten über mögliche Szenarien der Konfliktlösung, über russische Interessen und die Strategien des Westens bei den Verhandlungen mit dem Kreml. Es meldeten sich unter anderem zu Wort: der Politikwissenschaftlicher und Geschäftsführer des kremlnahen »Institut für politische Forschung« Sergej Markow; der Publizist und Kreml-Kritiker Stanislaw Belkowskij; der Journalist Anton Krylow von der loyalen Internet-Zeitung »Wsgljad«; der Wirtschaftswissenschaftler Alexej Melnikow (Mitglied der Partei »Jabloko«); der Publizist und Chefredakteur der Zeitschrift »Russkij Journal« Alexander Morosow.

Sergej Markow: Der Westen versucht, Machtpolitik zu betreiben

»[...] Das Minsker Treffen zur Ukraine Krise ist in Frage gestellt. Der Westen hatte zuvor Russland demonstrativ einzuschüchtern begonnen. 1. Drohung mit umfangreichen US-Waffenlieferungen an die Junta. 2. Drohung mit neuen Sanktionen durch die EU, die beschlossen sind, jedoch demonstrativ bis zum 16. Februar aufgeschoben wurden. 3. Zahlreiche Statements, dass es die letzte Chance für eine Vereinbarung sei. 4. Erklärungen der Führungsfiguren, die Alternative zu einem Abkommen sei diesmal nur »totaler Krieg«. Das appelliert an die allseits bekannte Furcht des russischen Volksbewusstseins »Hauptsache, es gibt keinen Krieg«. 5. Die Verhandlungsversuche wurden auf die höchste Ebene, die der Staatsoberhäupter von Deutschland und Frankreich angehoben, die in der jüngsten Vergangenheit eine positive Vermittlerrolle zwischen Russland und dem Westen in angespannten Situationen gespielt hatten (Frankreich 2008 während des Kriegs in Südossetien, und Deutschland in Bukarest, 2006, glaube ich, wo es sich beim NATO-Gipfel gegen die Einbeziehung von Georgien und der Ukraine in die NATO aussprach).

All das belegt, dass der Westen jetzt nicht Frieden anbietet, sondern versucht, gewisse Punkte, die für Russland ungünstig sind, durchzusetzen. Das heißt, der Westen versucht Politik aus einer Position der Stärke heraus zu betreiben. Ein klares Merkmal dieser harten Position besteht darin, dass der Westen beharrlich die Politik des Staatsterrorismus leugnet, die die Kiewer Junta betreibt; es gibt aber zahlreiche Belege für eine solche Politik, vor allem ist das der terrorisierende Beschuss von zivilen Stadtteilen im Donbas. Der Westen schlägt in seinem Plan zur Regulierung allem Anschein nach die Beendigung des terrorisierenden Beschusses als Gegenleistung für irgendwelche Konzessionen vor, die Washington und der Kiewer Junta die Möglichkeit geben, in der Zukunft die Donbas-Frage hart und militärisch zu lösen. Unter solchen Bedingungen bleibt der Minsker Gipfel ungewiss und könnte abgesagt werden.«
Sergej Markow via Facebook, 10.02.2015 <<https://www.facebook.com/sergey.markov.5/posts/618128764981459>>

Belkowskij: Putin strebt die Wiederherstellung der internationalen Ordnung von Jalta und Potsdam an

»[...] Putin will sich Stalins Militärjacke überziehen und in die Welt von Jalta und Potsdam à la 1945 zurückkehren, was nicht möglich ist, weil diese Welt 1989 mit dem Mauerfall in Berlin zusammenbrach. Putin will die Wiederkehr einer Welt, in der es Einflusszonen der Großmächte gibt und in dem das Militär die Schlüsselrolle spielt. Der Westen will keine Rückkehr in eine solche Welt.

Die Ukraine ist nur ein Verhandlungs- und Manövriertfeld bei diesen Gesprächen. Ja, es gibt taktische, lokale Forderungen von Putin zur Ukraine: da wäre eine relative Autonomie für Gebiete Donezk und Luhansk, die lebensnotwendige Versorgung für die Krim und die Garantien, dass die Ukraine nicht der NATO beitrifft, und die Versorgung Transnistriens gesichert ist. Das ist aber nur ein Vorwand für ein Verhandeln darüber, ob Russland in vollem Umfang Rechtsnachfolger der UdSSR ist oder nicht, ob Putin ein Stalin von 1945 ist oder nicht. [...]«
Stanislaw Belkowskij in einem Interview mit »Otkrytaja Rossija«, 09. 02. 2015 <<https://openrussia.org/post/view/2561/>>.

Anton Krylow: Den Kalten Krieg haben wir zweifellos verloren, aber...

»[...] Seien wir ehrlich: Den kalten Krieg haben wir zweifellos verloren, da kann es nicht zwei Meinungen geben. Aber gegen wen haben wir ihn verloren? Der kollektive Westen meint, dass er es war. Und hier beginnen die globalen Widersprüche. [...]

Und diese Situation wird gar nicht durch das Verhalten Russlands verschlechtert – das ist nämlich natürlich, wir halten uns nicht für den Verlierer –, sondern durch das Verhalten der westlichen Länder. Sie hören uns nicht und hören nicht zu. [...]

Die einzige Alternative zum Krieg ist ein Gespräch, in dem die Seiten einander zuhören und sich von vornherein auf gleicher Höhe begegnen.

Bislang fehlt dem Westen ein solches Verständnis – dies beweist sowohl das schulmeisterliche Verhalten von Lawrows Kollegen als auch eine Meldung des Wall Street Journal über ein ›Ultimatum‹, das Merkel Putin gestellt habe und das Peskow [Wladimir Putins Pressesprecher; d. Red.] kommentieren musste.

Der letzte, der Russland Ultimaten gestellt hat, hieß Schamil Basajew¹; allen, die dies wieder versuchen sollten, wird man ähnlich begegnen.

Der Westen versucht beharrlich entweder so zu tun, als habe sich die Weltordnung nach dem Zerfall der Sowjetunion nicht geändert, oder aber sich zum Sieger im Kalten Krieg zu erklären, oder aber ›Proxy-Kriege‹ und farbige Revolutionen mal zu befeuern, mal zu stoppen.

In Wahrheit gibt es nur zwei Varianten – entweder wird Russland gehört und ihm zugehört, oder es kommt zu einem globalen Krieg, in dem es womöglich keine Sieger geben wird.«

Anton Krylow in Wsgljad, 10. 02. 2015 <<http://vz.ru/columns/2015/2/10/728682.html>>

Melnikow: Das Land der großen Erschütterungen

»[...] Wladimir Putin und sein Außenminister Sergej Lawrow stellen die Geschichte der vergangenen 15 Jahre gern in einer Weise dar, als würden die meisten Vorschläge Russlands vom Westen abgelehnt. Sie sprechen gern über Raketenabwehr, über neue Waffen, die gegen Russland gerichtet sind.

Es gibt aber hierzu eine einfache Erklärung – man hat nicht geglaubt und das zu Recht.

Weil die heutige Ordnung in Russland eine Bedrohung für die demokratische Welt birgt, bis zu der Zeit, da das politische System Russlands auf den Werten von Demokratie, Freiheit, Menschenrechten und der Kraft des Gesetzes basieren, der vollständige Zerfall der Sowjetunion und deren Niederlage im Kalten Krieg endgültig anerkannt und ein vollständiger Bruch mit der sowjetischen Geschichte vollzogen wird. Und damit [birgt die heutige Ordnung] selbstverständlich auch eine Bedrohung für die Bürger Russlands.[...]

Es ist jetzt klar, dass weder Militarisierung noch Wunderwaffen ein Land mit dem verfaulten politischen und ökonomischen System eines Oligarchiekapitalismus der ›Busenfreunde‹, das sich auf den Verkauf von Rohstoffen stützt, retten können. Sie [Militarisierung und Wunderwaffen] werden es nicht vor dem Verfall bewahren. Das Beispiel der verfaulten UdSSR und der faulenden Demokratischen Volksrepublik Korea zeigt das mit aller Deutlichkeit.

Bei uns bringt man gern das durch übermäßigen Gebrauch speckige Zitat von Pjotr Stolypin [1906 bis zu seiner Ermordung 1911 Ministerpräsident des Russischen Reiches] über die ›großen Erschütterungen‹ und das ›große Russland‹.

Die russische Obrigkeit hat mit ihrem Revanchismus, ihrer Gier, ihrer Starrheit und Dummheit aus den Trümmern der UdSSR ein System der großen Erschütterungen hochgezogen und daran das Schild ›Großes Russland‹ genagelt.«

Alexej Melnikov via Livejournal, 9.02.2015; <<http://aleks-melnikov.livejournal.com/298512.html>>

Morozov: Mein Land hat den Weg von Wahnsinn, Konflikt und Selbstisolierung gewählt

»Alle Konsequenzen dieser Gesprächsrunde [des Treffens von Merkel und Hollande mit Putin in Moskau; d. Red.] sind traurig. Auf beiden Seiten werden im Donbas viele Menschen umkommen. Und das alles dafür, dass Putin ein Abkommen mit Obama erreicht, das Russland in ein Anologon der Breschnewschen UdSSR mit ihren ›Abkommen von Helsinki‹ verwandelt. Unheimlich leid tun mir die Ukrainer, denen im Kampf um die Souveränität schwere Entbehrungen bevorstehen. Leid tun mir diejenigen Russen, die noch vier, fünf Monate die ›Truppen von Noworossija‹ ergänzen werden – sinnloser Tod um eines Putinschen Abenteuers willen. Zu der bereits geflohenen halben Million werden weitere Hunderttausende Flüchtlinge hinzukommen. Nachdem Putin gesagt hat, dass in der Ukraine ›NATO-[Fremden]Legionen‹ kämpfen, war das schließlich eine magische Beschwörung, ein Aufruf, dass sie dort erscheinen sollen.

Betrachtet man das aus Sicht der langfristigen Interessen Russlands, sind beide Szenarien abscheulich.

¹ Geb. 1965, Kommandeur tschetschenischer Separatisten, einer der Führungskräfte der »Tschetschenischen Republik Itschkerien«, übernahm die Verantwortung für zahlreiche Terroranschläge, starb 2006 nach der Explosion eines Waffentransporters, ausgelöst durch Fahrlässigkeit (so die tschetschenischen Separatisten) bzw. durch eine Spezialoperation (nach Angaben des FSB); d. Red.

Sowohl ein weiterer Krieg in der Ukraine mit einer Internationalisierung, amerikanischen Waffen, einem ›Krieg mit den USA‹ usw.

Als auch ein fiktives ›Helsinki-Abkommen Nr. 2‹ mit Obama, das Russland zu einem Land hinter dem ›eisernen Vorhang‹ machen würde, das das Vertrauen verloren hat und in eben jener Sprache spricht, in der heute Lawrow gesprochen hat.

Ein drittes Szenario gibt es nämlich nicht.

Mein Land hat den Weg des Wahnsinns, des Konflikts und der Selbstisolierung gewählt.«

Alexander Morosow via Facebook, 7.02.2015 <https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=10203458445006265&id=1367268883>

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

NOTIZEN AUS MOSKAU

»Agentenjagd« gegen russische NGOs geht weiter

Jens Siegert, Moskau

Ende Dezember 2014 noch gab es »nur« 24 Einträge in der vom Justizministerium geführten NGO-»Agenten«-Liste; jetzt, Stand 6. Februar, sind es schon 37. Die »Agentenjagd« in Russland geht also munter weiter, ja sie scheint in eine neue Phase einzutreten. Das hat weniger mit den rapide zunehmenden Zahlen zu tun als vielmehr damit, dass die »Prüfer« von Justizministerium und Staatsanwaltschaft immer neue und für die betroffenen NGOs und ihre Führungsleute gefährlichere Begründungen erfinden, warum sie deren Tätigkeit als »politisch« einstufen, was ja die gesetzliche Voraussetzung für diese Art von »Agenten«-Status ist.

Ich möchte das an Hand einer NGO verdeutlichen, die zwar noch kein »Agent« ist, das aber mit großer Sicherheit sehr bald sein wird. Es geht um das Zentrum für Genderforschung Samara, eine langjährige Partnerorganisation der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie wurde in den vergangenen Wochen von der dortigen Staatsanwaltschaft daraufhin »überprüft«, ob sie »die geltenden Gesetze einhält« – so die übliche, nach Auffassung vieler Juristen, die NGOs beraten, aber rechtswidrige, weil für eine Prüfung nicht ausreichende Begründung.

Das Ergebnis dieser »Prüfungen« war nicht überraschend. Das Genderzentrum Samara bekam und bekommt Geld aus dem Ausland (vor allem von der Heinrich-Böll-Stiftung) und ist, nach Meinung der Staatsanwaltschaft, »politisch tätig«. Da es sich bisher nicht »freiwillig« als »ausländischer Agent« hat registrie-

ren lassen, müsse das das Justizministerium nun von sich aus tun (wozu es, daran sei hier noch einmal erinnert, seit vorigem Sommer nach einer Gesetzesänderung berechtigt ist).

Anders, als in vielen bisherigen Fällen, unterstellt die Staatsanwaltschaft den Kollegen in Samara aber zudem, wider besseres Wissen gehandelt zu haben, und verhängte deshalb eine Geldstrafe: Das Genderzentrum hätte wissen müssen, dass es sich politisch betätigt (dass es Geld aus dem Ausland bekommt, weiß es ja ohnehin) und sich deshalb von selbst als »Agent« registrieren lassen müssen. Da es das nicht getan hat, müsse es nun bestraft werden.

Das ist in zweierlei Hinsicht vor allem für die Direktorin des Genderzentrums Samara, Ljudmila Popkowa, eine auch international angesehene Genderforscherin und Soziologin, besonders gefährlich. Zum einen steht im Gesetz, dass Menschen, die es »mutwillig« missachten, nicht nur zu Geldstrafen verurteilt, sondern bis zu drei Jahren in Lagerhaft genommen werden können. Bisher gibt es glücklicherweise noch keine solche Verurteilung, auch noch keine Anklage. Eine bereits verhängte Geldstrafe kann aber, falls sich die entsprechende NGO oder die Leitungsperson aus Sicht der Strafverfolgungsbehörden erneut etwas zu schulden kommen lässt, genau als diese »Mutwilligkeit« ausgelegt werden.

Das zweite Problem liegt in der Begründung eines Strafbefehls gegen das Genderzentrum Samara. Die »politische Tätigkeit«, die das Zentrum zusammen mit dem ausländischen Geld in den Augen der Staatsan-

waltschaft zu einem »Agenten« macht, wird nämlich vor allem mit der Herausgabe von drei Sammelbänden zu Genderthemen begründet. Es handelt sich dabei um die beiden Ausgaben »Gender für Anfänger« (Originaltitel: »Gender dlja tschajnikow«) und das Buch »Möglichkeiten, Mann zu sein«.

Die beiden »Tschajniki« sind die auflagenstärksten aller russischsprachigen Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftung. Beide Bände sind jeweils in einer Auflage von 10.000 erschienen (Erstausgabe 2006 und 2008) und erfreuen sich u. a. an Hochschulen großer Nachfrage. Sie enthalten mehr als 30 Aufsätze bekannter russischer Autorinnen und Autoren zu (fast) allen Genderaspekten und versuchen sie, immer orientiert an der russischen Lebenswirklichkeit, auch wenig oder kaum vorgebildeten Lesern zugänglich zu machen.

Der Sammelband »Möglichkeiten, Mann zu sein« entstand vor zwei Jahren (2013) aus der ersten je in Russland ausgerichteten Konferenz zum Thema »Männlichkeit«. Die Autoren stammen aus Russland, aber auch aus dem Ausland und nähern sich aus unterschiedlichen Richtungen der Frage, was es heute (in Russland) bedeutet oder bedeuten kann, ein Mann zu sein. Der Band ist kaum weniger gefragt als die »Tschajniki«.

Diese doch wenig subversiven Schriften (sie kommen mit offenem Visier daher) werden von der Staatsanwaltschaft in Samara nun zu Instrumenten der Staatszersetzung gemacht. Im Strafbefehl gegen das Genderzentrum Samara heißt es, es handele sich um »verdeckte Antipropaganda gegen die staatliche Sozialpolitik« (Tschajnik 1), um »verdeckte Antipropaganda gegen die staatliche Demographiepolitik« (Tschajnik 2), und um »verdeckte Antipropaganda gegen die verfassungsmäßigen und institutionellen Grundlagen des Staates im Bereich der Familienpolitik« (Möglichkeiten, Mann zu sein).

Man könnte das lächerlich finden, oder lustig, oder auch nur absurd. Die gewählten Formulierungen sind aber, in der in Russland inzwischen fast überall wieder vorherrschenden Geheimdienstlogik (die nur Gefolgschaft kennt, oder aber offene und, noch viel schlimmer, verdeckte Feinde) für diejenigen gefährlich, auf die sie gemünzt sind. Das gilt besonders für das Wort

»verdeckt« (russisch: »skrytyj«), denn es unterstellt, dass hier jemand etwas im Verborgenen tut (getan hat), um es zu verbergen und weil es verborgen werden muss. Zusammen mit der ohnehin schon in Richtung »Spion« weisenden Wortwahl des »NGO-Agenten«-Paragraphen, kann daraus ganz schnell ein veritabler »Vaterlandsverrat« werden. Die Grenzen dazu verschwimmen immer mehr.

Das zeigt ein auf den ersten Blick ganz anderer Fall der vergangenen Tage, die Verhaftung von Swetlana Dawydowa aus Brjansk wegen angeblichen Vaterlandsverrats. Swetlana Dawydowa hatte im März des vergangenen Jahres die ukrainische Botschaft in Moskau angerufen und davon berichtet, dass russische Soldaten dazu angeworben und gedrängt würden, in den Osten der Ukraine zu gehen, um dort auf Seiten der Freischärler zu kämpfen. Mitte Januar 2015 wurde sie aufgrund eines 2012 verschärften Gesetzes über Spionage und Vaterlandsverrat verhaftet und saß bis zur Vorwoche in Untersuchungshaft. Erst eine von vielen Prominenten unterstützte öffentliche Kampagne, u. a. mit mehr als 50.000 Unterschriften, erreichte ihre Freilassung. Das Ermittlungsverfahren gegen sie geht freilich weiter.

Dieses Gesetz wurde, soweit ich weiß, erstmals bei Swetlana Dawydowa angewandt. Die Formulierungen, die bei seiner Verabschiedung 2012 von Menschenrechtlern und der außerparlamentarischen Opposition massiv kritisiert worden waren, sind so ungenau, dass praktisch jedes Gespräch mit einem Ausländer oder einer Ausländerin von den Strafverfolgern zum Vaterlandsverrat umgedeutet werden kann. Wie viel gefährlicher ist dann, in dieser verqueren Logik, wenn eine NGO, finanziert mit ausländischem Geld, »verdeckt« operierend »die verfassungsmäßigen und institutionellen Grundlagen« staatlicher Politik untergräbt?

Bleibt nur zu hoffen, dass ich hier Gespenster sehe. Wenn nicht, dürfte der Tag, an dem NGO-Aktivisten wegen ihrer Kontakte zum Ausland in Haft kommen, nicht mehr fern sein.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

30. Januar – 12. Februar 2015

30.01.2015	Der Südliche Wehrbezirk führt im Bezirk Krasnodar Manöver der Luftstreitkräfte durch. Wenige Tage zuvor hatte die Führung des Südlichen Wehrbezirks die Absicht erklärt, die Zahl der Luftwaffenmanöver des Bezirks im Jahr 2015 um 30 % zu erhöhen.
30.01.2015	Bei einer außerplanmäßigen Sitzung des russischen Sicherheitsrates wird die Verschlechterung der Situation in der Ostukraine erörtert.
30.01.2015	Die russische Staatsanwaltschaft führt im Moskauer Büro von »Transparency International Russland« eine Überprüfung durch. Die NGO hat der Staatsanwaltschaft innerhalb von drei Tagen eine große Anzahl von Dokumenten vorzulegen. Da dies in Russisch geschehen muss, muss die NGO rund 500 Seiten Übersetzungen anfertigen lassen.
30.01.2015	Die NGO »Institut zur Entwicklung der Presse– Sibirien« wird in das vom Justizministerium geführte Register der »ausländische Agenten-NGOs« eingetragen. Das Register umfasst mittlerweile 38 NGOs.
30.–31.01.2015	In der Bibliothek des »Instituts für wissenschaftliche Informationen für Gesellschaftswissenschaften« (INION) in Moskau kommt es zu einem Großbrand. Die Bibliothek umfasst etwa 14 Mio. Bücher in vielen Sprachen. Nach Angaben der russischen Akademie der Wissenschaften, zu der das INION gehört, wurden dabei rund 20 % des Archivbestands vernichtet. Auch das Deutsche Historische Institut in Moskau, das im INION untergebracht ist, wird in Mitleidenschaft gezogen.
31.01.2015	Das russische Katastrophenschutzministerium organisiert einen zwölften Konvoi mit humanitären Hilfsgütern in die Ostukraine. Die 170 Fahrzeuge transportieren nach Angaben des Ministeriums 1,5 Tonne Hilfsgüter, darunter Lebensmittel, Medikamente, Baumaterial und Treibstoff nach Luhansk und Makijwka.
31.01.– 1.2.2015	In Minsk kommen Vertreter der Ukraine, Russlands, der OSZE und der Separatisten zusammen, um über die Umsetzung der Minsker Vereinbarung zur Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine zu verhandeln. Die Verhandlungen verlaufen ergebnislos. In der Ostukraine beginnen die Separatisten unterdessen eine Militäroffensive.
1.2.2015	Russland führt auf Weizen einen Exportzoll in Höhe von 15 % und von mindestens 35 € je Tonne ein, um den innerrussischen Weizenmarkt zu stabilisieren. Die Regelung soll bis Mitte 2015 gelten.
1.2.2015	In der sibirischen Universitätsstadt Tomsk demonstrieren ca. 800 Personen gegen die bevorstehende Schließung des lokalen Fernsehsenders »TV-2«.
1.2.2015	Präsident Wladimir Putin empfängt den orthodoxen Patriarchen Kirill und gratuliert ihm zum sechsten Jahrestag seiner Inthronisierung als Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche.
2.2.2015	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew gibt bekannt, dass Russland die Einfuhr bestimmter Erzeugnisse des Maschinenbaus, darunter Bau- und Bergbaumaschinen und -anlagen untersagt. Damit soll die Initiative zum »Importersatz« ausländischer Waren befördert werden.
3.2.2015	Präsident Wladimir Putin führt den Vorsitz einer Beratung zu Wirtschaftsfragen. Putin zufolge erfordert die Umsetzung des Antikrisenplans zusätzliche Mittel aus dem Nationalen Wohlfonds. Der Minister für regionale Entwicklung Alexej Uljukajew erklärt, dass zusätzliche 525 Mrd. Rubel (ca. 6,9 Mrd. €) aus dem Fond bereitgestellt werden, die in erster Linie in den Bau der Baikal–Amur-Magistrale und der Transsib fließen sollen.
3.2.2015	Ein Schiedsgericht in St. Petersburg verurteilt das polnische Konsulat in St. Petersburg zu Mietzahlungen (plus Gerichtskosten) in Höhe von 74 Mio. Rubel (ca. 100.000 €). Sollte das Konsulat die Rechnung nicht begleichen, müsse es die Räumlichkeiten im Stadtzentrum verlassen. Das Verfahren ist eine Reaktion auf analoge Urteile in Polen gegen russische Vertretungen.
4.2.2015	Präsident Wladimir Putin erörtert mit Mitgliedern der russischen Regierung Fragen der staatlichen Politik in den Bereichen Soziales und Wirtschaft. Neben der Finanzierung des Baus einer Brücke auf die Krim wird die Frage der Einstellung einiger Regionalzugverbindungen in den Regionen besprochen. Putin fordert die sofortige Wiederherstellung aller Regionalzugverbindungen. Die russische Eisenbahn erklärt, die Situation schnellstmöglich beheben zu wollen.
5.2.2015	In der Republik Baschkortostan werden 31 Personen festgenommen, denen Mitgliedschaft in der Terrororganisation »Hizb ut-Tahrir al-Islami« vorgeworfen wird.
5.2.2015	Präsident Wladimir Putin erörtert mit den Mitgliedern des russischen Sicherheitsrates die Situation in der Ostukraine.

6.2.2015	Das russische Justizministerium trägt die Murmanskener NGO »Zentrum für sozial-psychologische Hilfe und rechtliche Unterstützung der Opfer von Diskriminierung und Homophobie« sowie die Wahlrechtsorganisation »Golos« in Samara in das Register der »ausländischen Agenten-NGOs« ein.
6.2.2015	Energieminister Alexander Nowak gibt auf dem Jugendforum »Expedition Arktis« bekannt, dass der Anteil an Öl- und Gaseinnahmen am russischen Haushalt bis 2035 von aktuell 52 % auf 45–47 % sinken werde. Das sei in der Energiestrategie bis 2035 vorgesehen.
6.–7.2.2015	Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident François Hollande treffen zu Gesprächen mit Präsident Putin im Kreml ein. Im Zentrum steht ein Plan zur Umsetzung der Minsker Vereinbarung zur Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine, der Plan soll im Rahmen einer Telefonkonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten veröffentlicht werden. Am Vortag hatten die deutsche Bundeskanzlerin und der französische Präsident in Kiew mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko gesprochen.
7.2.2015	Präsident Wladimir Putin empfängt in Sotschi den kirgisischen Präsidenten Almasbek Atambajew. Im Zentrum stehen die bilateralen Beziehungen und der Beitritt Kirgistans zur Eurasischen Wirtschaftsunion.
7.2.2015	Präsident Putin besucht gemeinsam mit seinen Amtskollegen Almasbek Atambajew (Kirgistan) und Aljalexandr Lukaschenka (Belarus) sowie mit Ministerpräsident Dmitrij Medwedew, Sportminister Vitalij Mutko und Vertretern des Internationalen Olympischen Komitees zum Jahrestag der Eröffnung der Olympischen Winterspiele in Sotschi eine Eiskunstlaufveranstaltung.
7.–8.2.2015	Außenminister Sergej Lawrow kommt im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz zu bilateralen Gesprächen mit Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, dem iranischen Außenminister Mohammed Dschawad Sarif, der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und US-Außenminister John Kerry zusammen. Letzteren warnt Lawrow vor unvorhersehbaren Folgen im Falle von Waffenlieferungen an die Ukraine. Bei einem Treffen mit dem NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärt Lawrow, dass die NATO durch die Verstärkung der »östlichen Flanke« eine Konfrontation provoziere und das euro-atlantische Sicherheitssystem untergrabe.
8.2.2015	Das russische Katastrophenschutzministerium organisiert den dreizehnten Hilfskonvoi für die Ostukraine. Er besteht aus etwa 100 Fahrzeugen und transportiert ca. 1,1 Tonnen Hilfsgüter nach Donezk, darunter Lebensmittel und Baumaterial.
8.2.2015	Die Präsidenten Wladimir Putin, François Hollande, Petro Poroschenko und Bundeskanzlerin Angela Merkel vereinbaren in einem Telefonat weitere Schritte zur Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine.
8.2.2015	Präsident Putin trifft in Sotschi mit seinem belorussischen Amtskollegen Lukaschenka zusammen. Neben der vertieften Integration stehen die geplanten Treffen zur Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine im Zentrum des Gesprächs.
8.2.2015	Das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung veröffentlicht eine Liste von 199 »systemrelevanten« Unternehmen, die eine Unterstützung zur Krisenbewältigung erhalten können. Diese Unternehmen entsprechen etwa 70 % des BIP und 20 % der Beschäftigten in Russland.
9.2.2015	Präsident Wladimir Putin gibt der ägyptischen Zeitung »Al Ahram« ein Interview. Darin benennt er als Bedingung für eine Stabilisierung der Situation in der Ostukraine eine rasche Einstellung der Kampfhandlungen. Die Krise werde so lange andauern, wie sich die Ukrainer nicht untereinander verständigen würden.
9.2.2015	Präsident Wladimir Putin trifft zu einem zweitägigen Staatsbesuch in Ägypten ein.
9.2.2015	Ein Moskauer Bezirksgericht verlängert die Untersuchungshaft gegen Jewgenij Petrin bis April. Petrin, ein Mitarbeiter des Moskauer Patriarchats, wird Spionage und Verrat von Geheimnissen an die USA vorgeworfen. Das Verfahren ist Verschlusssache. Petrin ist eigenen Angaben zufolge verdeckt agierender Hauptmann des FSB.
9.2.2015	Im Bezirk Krasnojarsk findet außerplanmäßig eine Übung zur Einsatzbereitschaft der strategischen Raketenstreitkräfte der Uschursker Raketendivision statt, an der etwa 3.000 Soldaten teilnehmen.
9.–10.2.2015	In Berlin kommen Vertreter der Außenminister Russlands, der Ukraine, Frankreichs und Deutschlands zusammen, um ein Treffen auf Ebene der Staats- und Regierungschefs zur Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine vorzubereiten.
10.2.2015	Die 2014 gegründete Küstenverteidigungsbrigade der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim hält ein Manöver ab, an dem etwa 600 Soldaten teilnehmen. Die Pazifikflotte startet am gleichen Tag eine überraschende Überprüfung der Kampfbereitschaft, an der ca. 2.500 Soldaten und mehr als 300 Einheiten an Militärtechnik, darunter mehrere Atom-U-Boote, teilnehmen.

10.2.2015	Präsident Wladimir Putin trifft in Ägypten mit seinem Amtskollegen Abdel Fattah el-Sisi zusammen. Im Zentrum stehen internationale Fragen wie der Kampf gegen den Terrorismus sowie die bilateralen Beziehungen und die Kooperation im Atom-, Rüstungs- und Agrarsektor.
10.–11.2.2015	In Minsk beginnt ein Treffen der »Kontaktgruppe« zur Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine mit Vertretern, Russlands, der Ukraine, der Separatisten und der OSZE.
10.–11.2.2015	US-Präsident Barack Obama und Präsident Wladimir Putin erörtern die Situation in der Ostukraine und die Möglichkeiten zur Regulierung der Krise telefonisch.
11.2.2015	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew erteilt die Anweisung, 500 Mrd. Rubel (ca. 6,7 Mrd. €) aus dem Reservefonds zur Deckung des Haushalts 2015 einzusetzen.
11.–12.2.2015	Die Staats- und Regierungschefs Russlands, der Ukraine, Frankreichs und Deutschlands verhandeln auf einem Gipfeltreffen in Minsk über die Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine. Nach Gesprächen, die sich bis zum Morgen des 12.2. hinziehen, einigt man sich auf ein 13-Punkte-Papier zur Beendigung der Kampfhandlungen und Normalisierung der Verhältnisse in der Region, das von der Kontaktgruppe unterzeichnet wird, in deren Rahmen Vertreter der OSZE, der Ukraine und der Separatisten miteinander sprechen. Das 13-Punkte-Papier wird begleitet von einer Erklärung der Präsidenten, die auf bessere Zusammenarbeit in Europa zielt.
12.2.2015	Die russische Regierung beschließt, 15 russische Regionen mit Transferzahlungen in Höhe von 7,7 Mrd. Rubel (ca. 103 Mio. €) zu unterstützen. Die Mittel sind für Sozialleistungen und Renten vorgesehen.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfried Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

STELLENAUSSCHREIBUNG



► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Zeitschriften der Gesellschaft
OSTEUROPA
OSTEUROPA-Recht

Schaperstraße 30
D-10719 Berlin

Tel. 0049 (0)30 21478412
Fax 0049 (0)30 21478414

www.dgo-online.org
info@dgo-online.org

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. Schaperstr. 30 D-10719 Berlin

Für die Russland-Analysen, herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. und der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, suchen wir ab dem 1. März 2015 für sechs Monate eine

Redaktionsassistentenz

Ihre Aufgaben:

- Unterstützung des Redakteurs bei Themenfindung, Auswahl und Anfrage geeigneter Autoren, Korrespondenz mit Autoren;
- Inhaltliche Redaktion der Beiträge;
- Zusammenstellung und Aufbereitung begleitender Dokumentationen (Umfragen, Pressestimmen, Statistiken, offizielle Dokumente u.ä.); Übersetzung der Materialien;
- Führung der laufenden Chronik;
- Abnahme und Korrektur der Druckfahne in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen.

Ihr Profil:

- Ein guter Abschluss in einem sozial- oder kulturwissenschaftlichen Studiengang mit Schwerpunkt Osteuropa;
- Eine Masterarbeit, die sich thematisch mit der politischen, sozialen oder ökonomischen Entwicklung in Russland befasst;
- Deutschkenntnisse auf muttersprachlichem Niveau sowie gute Englisch- und Russischkenntnisse;
- Gute Computerkenntnisse (Excel, Word).

Arbeitsort ist Berlin. Die Tätigkeit ist besonders geeignet für Personen, die sich im Rahmen einer Promotion mit gegenwartsbezogenen Entwicklungen in Russland beschäftigen.

Die Beschäftigung erfolgt im Rahmen eines Werkvertrages, der für den gesamten Zeitraum mit insgesamt 9.000 € (brutto) vergütet wird.

Die DGO fördert die Gleichstellung und begrüßt daher besonders die Bewerbung von Frauen.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte mit den üblichen Unterlagen in elektronischer Form **bis zum 22. Februar 2015** an die

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde
z.H. Elisabeth Lüdeking
<luedeking@dgo-online.org>

Präsident: Ruprecht Polenz / Vizpräsident: Prof. Dr. Wolfgang Eichwede
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Prof. Dr. Thomas Bremer / Geschäftsführerin: Dr. Gabriele Freitag

Commerzbank Berlin
BLZ: 100 800 00 / K-Nr.: 04 148 630 00
IBAN: DE 85 1008 0000 0414 8630 00 / SWIFT-BIC: DRES DE FF 100

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>